

DER PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER LANDWIRTSCHAFT

Pressedienst Nr. 16247
Montag, 14. März 2022

G7-Agrarminister: Nur offene Märkte sichern Ernährung für alle	1
EU-Schlachtrindermarkt: Preisanstieg setzt sich weiter fort	1
LK Kärnten fordert Maßnahmen gegen Preisexplosion bei Energie und Betriebsmitteln	2
Neustart des Branchenverbandes für Obst und Gemüse	3
Schmuckenschlager: Unsere Natur ist kein Mistkübel	4
Tirol: Bauernbund-Obmann Geisler eindrucksvoll in seinem Amt bestätigt	5

**EINEN TEIL DER AUFLAGE FINANZIERT
DIE NIEDERÖSTERREICHISCHE VERSICHERUNG**



Die Niederösterreichische
Versicherung

G7-Agrarminister: Nur offene Märkte sichern Ernährung für alle

EU-Gipfel fordert Ausweitung des Anbaus von Proteinpflanzen in der Union

Wien, 14. März 2022 (aiz.info). - Wie das deutsche Agrarressort mitteilt, haben sich die Landwirtschaftsminister der G7-Staaten am Freitag bei einem virtuellen Sondertreffen angesichts der Auswirkungen auf die Agrarweltmärkte durch den völkerrechtswidrigen Angriff Russlands auf die Ukraine auf offene Märkte für Getreide und andere Agrarprodukte verständigt. Die Märkte sollten nicht durch Exportbeschränkungen behindert und genau beobachtet werden. Zudem sollen Hilfsorganisationen dabei unterstützt werden, weiterhin Getreide beschaffen und verteilen zu können. Im Schlussdokument des EU-Sondergipfels in Versailles fordern die Staats- und Regierungschefs wiederum, in der EU sollen mehr Eiweißpflanzen angebaut werden, um die Abhängigkeit von Futtermiteleinflüssen zu verringern.

Das virtuelle Treffen der G7-Agrarminister kam auf Einladung des deutschen Landwirtschaftsministers Cem Özdemir zustande, da Deutschland zurzeit der Gruppe der sieben größten Industriestaaten (Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada und USA) vorsitzt. Zudem waren der ukrainische Landwirtschaftsminister Roman Leschtschenko und mehrere internationale Organisationen zugeschaltet. Die Erklärung der G7 steht unten zum Download bereit.

Die EU-Staats- und Regierungschefs beauftragten die Kommission mit raschen Vorschlägen für Maßnahmen gegen hohe Lebensmittelpreise und für eine sichere Versorgung. Kurzfristig könnte dies die Freigabe des Aufwuchses und die Freigabe der Produktion auf Brachflächen bedeuten. (Schluss)

EU-Schlachtrindermarkt: Preisanstieg setzt sich weiter fort

Österreich: Notierungen ziehen in den meisten Kategorien an

Wien, 14. März 2022 (aiz.info). - Europaweit steigen nach wie vor die Schlachtrinderpreise. Die Marktsituation der Vorwoche setzt sich trotz der hohen Notierungen weiter fort. Die Preissprünge bereiten in der Weitergabe über die einzelnen Handelsstufen Probleme, doch die Gegenwehr der Schlachtunternehmen ist aufgrund des knappen Angebots in Deutschland begrenzt.

In Österreich befindet sich laut Rinderbörse das Angebot an Jungstieren auf einem normalen Niveau. Die Umsätze im Lebensmitteleinzelhandel liegen, wie in der Vorwoche, unter dem Vorjahreswert. Die gute Situation bei den Exporten nach Deutschland fungiert als Preismotor. Somit tendieren die Notierungen für Jungstiere und Kalbinnen abermals nach oben. Auch bei den Schlachtkühen herrscht eine ähnliche Situation, wobei hier ein knapperes Angebot und die gute Exportsituation die Preise weiter steigen lassen. Die Kurse für Schlachtkälber bleiben gegenüber der Vorwoche unverändert.

Da derzeit in allen Fleischkategorien, auch bei Schwein und Geflügel, die Preise massiv steigen, wird sich in den nächsten Wochen zeigen, wie sich dieses höhere Preisniveau auf die Kaufkraft und das Einkaufsverhalten auswirken wird.

Die Österreichische Rinderbörse rechnet diese Woche bei der Vermarktung von Jungstieren der Handelsklasse R2/3 mit einem erneut höheren Preis von 4,42 Euro/kg Schlachtgewicht. Für Kalbinnen werden nunmehr 3,89 Euro/kg erwartet. Die Notierung für Schlachtkühe steigt auf 3,45

Euro, während sie bei Schlachtkälbern mit 5,85 Euro stabil bleibt. Die angegebenen Basispreise sind Bauernauszahlungspreise ohne Berücksichtigung von Qualitäts- und Mengenzuschlägen. (Schluss)

LK Kärnten fordert Maßnahmen gegen Preisexplosion bei Energie und Betriebsmitteln

Huber: Zu Beginn der Anbauzeit braucht es jetzt effektive und unbürokratische Hilfe

Klagenfurt, 14. März 2022 (aiz.info). - "Nachdem sich bereits im Vorjahr massive Verteuerungen bei Futtermitteln, Dünger und Energie abgezeichnet hatten, verschärft sich diese Entwicklung durch die Ukraine-Krise dramatisch. Insbesondere die Preisexplosion bei Diesel ist alarmierend", stellt Kärntens Landwirtschaftskammer (LK)-Präsident **Siegfried Huber** fest. "Gerade jetzt, zu Beginn der Anbausaison, werden von den Bauern die Weichen für den Ertrag des ganzen Jahres gestellt. Die extreme Verteuerung von Betriebsmitteln stellt die Bauern vor große finanzielle Herausforderungen. Hier braucht es rasche und unbürokratische Hilfe", so Huber. Eine Möglichkeit könnte dabei die Einführung eines steuerbegünstigten Agrardiesels sein, um in dieser kritischen Phase die Teuerungen in diesem Bereich abzufedern.

Weitere Maßnahmen nötig

Der LK-Präsident sieht dies aber nur als eine von mehreren Maßnahmen, die es brauche, um die Landwirte angesichts der enormen Preissteigerungen bei Dünger, Futtermitteln, Strom und Maschinen zu entlasten: "Bereits in der LK-Vollversammlung vom 18. Februar haben wir einstimmig eine Resolution verabschiedet, in der wir einen Inflationsausgleich für die bäuerlichen Betriebe fordern. Wir verlangen, diesen in den nächsten Wochen entweder in Form einer Entlastung bei Sozialversicherungsbeiträgen und anderen Abgaben oder in Form von pauschal abgeleiteten Direktzahlungen an die landwirtschaftlichen Betriebe zur Auszahlung zu bringen", so der LK-Präsident.

Auch wenn die Versorgung mit heimischen Lebensmitteln kurz- und mittelfristig gesichert ist, weist Huber auf die dringende Notwendigkeit von unterstützenden Maßnahmen durch die Politik hin: "Die Erzeugerpreise für die Bauern können mit den massiven Preissteigerungen bei den landwirtschaftlichen Betriebsmitteln nicht mithalten. Ohne aktives, rasches und entschiedenes Gegensteuern der Politik geht den Betrieben die Luft aus. Was das für die langfristige Versorgungssicherheit bedeuten würde, kann sich jeder selbst ausmalen." Gerade die letzten Jahre hätten gezeigt, wie wichtig die Versorgung mit hochwertigen heimischen Lebensmitteln sei, unterstreicht der Präsident. (Schluss)

Neustart des Branchenverbandes für Obst und Gemüse

ÖBOG-Mitgliederversammlung stimmt Weichenstellungen zu

Wien, 14. März 2022 (aiz.info). - In der Mitgliederversammlung des Branchenverbandes für Obst und Gemüse (ÖBOG) wurden vergangene Woche die Weichen für den Neustart des Vereines gestellt. Weiters wurde das Arbeitsprogramm beschlossen. Dieses sieht unter anderem eine Forcierung der Bereiche Herkunftssicherung und Kommunikation vor. In der abschließenden Diskussion wurde von Teilnehmern der Versammlung angeregt, dass sich der ÖBOG verstärkt auch um die Themen Produktionssicherung, Energieproblematik, Arbeitskräfteverfügbarkeit und um die dringend notwendige Evaluierung des Green Deals beziehungsweise der Farm to Fork-Strategie kümmern solle.

Strukturverbesserung bereits seit 2015 in Diskussion

Bereits im Branchenkonzept für Obst und Gemüse von 2015 war vorgesehen, "eine Struktur für eine bessere Zusammenarbeit zu schaffen". Nach einer langen Diskussionsphase erfolgte 2017 die Umsetzung dieses Teilergebnisses in Form der Gründung des Branchenverbandes für Obst und Gemüse, kurz ÖBOG, als Verein. Die Mitglieder waren der Bundes-Obstbauverband, der Bundesgemüsebauverband, die Landwirtschaftskammer (LK) Österreich, Bio Austria, amcAUSTRIA und der Handelsverband. Eine Evaluierung des ÖBOG im Jahr 2019 führte zur Erkenntnis, dass die Struktur und die Ressourcen optimierungsbedürftig sind. Aus diesem Grund wurde ab dem Jahr 2020 ein Weiterentwicklungsprozess eingeleitet.

Neuaufstellung des ÖBOG

Auffassungsunterschiede im ÖBOG-Vorstand betreffend die Weiterentwicklung des Vereines wurden immer deutlicher und schließlich unüberwindbar. Durch Austritte einzelner Mitglieder konnte der ÖBOG in der ursprünglichen Gründungsstruktur nicht mehr fortgesetzt werden. Der Bundes-Obstbauverband, der Bundesgemüsebauverband und die LK Österreich übernahmen die Initiative und arbeiteten ab dem Sommer 2021 an einer von den Bundesverbänden getragenen Neuaufstellung des ÖBOG, welche der neu strukturierten Mitgliederversammlung vergangene Woche vorgestellt wurde. In der Phase der Neukonzeption gab es von der LK Österreich Unterstützung durch zusätzliche personelle Ressourcen, wofür sich der ÖBOG herzlich bedankt.

Mitgliederversammlung stimmt künftiger Ausrichtung zu

Die Mitglieder des Vereines sind nun der Bundes-Obstbauverband (BOV), der Bundesgemüsebauverband (BGV) und die Landwirtschaftskammer Österreich. Diese Organisationen sind nun auch federführend im Vorstand und in der Mitgliederversammlung vertreten. Dazu kommt noch der Handelsverband, welcher ebenfalls in der Mitgliederversammlung vertreten ist. BOV-Präsident Manfred Kohlfürst wurde zum Obmann und BGV-Präsident Thomas Blatt zum Obmann-Stellvertreter gewählt. Kohlfürst bedankte sich bei LK Wien-Präsident Franz Windisch für seinen umsichtigen und engagierten Einsatz für den ÖBOG in der Funktion des Obmann-Stellvertreters und dann in der Phase der Neuaufstellung in der Funktion des Obmannes.

Arbeitsprogramm einstimmig beschlossen

In der Mitgliederversammlung wurde auch das neue ÖBOG-Arbeitsprogramm einstimmig beschlossen. Durch die Corona-Pandemie war es einerseits zu gesundheitlichen Einschränkungen in der Geschäftsführung des ÖBOG, andererseits auch zu zusätzlichen Aufgaben für den Verein in der COVID-Krisenbewältigung gekommen. Diverse Projekte im Rahmen des laufenden LE-Förderprojektes mussten daher zurückgestellt werden, sollen aber mit einer Verlängerung der Projektlaufzeit und Adaptierung des Inhalts im Rahmen des Arbeitsprogramms zum Abschluss gebracht werden.

Im Fokus des LE-Förderprojektes "Zusammenarbeit" steht die Herkunftssicherung. Für den Bereich Apfel werden seit Ende des Jahres 2021 die Arbeiten bereits intensiv fortgesetzt, geplant für 2022 ist auch ein Projekt für die Marille. Neu soll auch das Fruchtgemüse in das Programm aufgenommen werden. Die Abwicklung erfolgt unter Beteiligung von Vermarktungsorganisationen, welche als Projektpartner des ÖBOG fachlich eingebunden werden und auch finanzielle Unterstützung leisten.

Eine weitere Säule des Arbeitsprogramms ist die ÖBOG-Dialogplattform. Auf Basis dieser Plattform soll unabhängig von der Mitgliederstruktur eine positive Kommunikation mit allen Beteiligten entlang der Wertschöpfungskette stattfinden. Mögliche Themen dafür wären etwa Lebensmittelverschwendung, Sozialstandards der Obst- und Gemüseproduktion, unfaire Geschäftspraktiken und Fragen des Pflanzenschutzes. (Schluss)

Schmuckenschlager: Unsere Natur ist kein Mistkübel

Gesundheitsrisiko für Menschen und Tiere durch Littering

St. Pölten, 14. März 2022 (aiz.info). - Littering, das achtlose Wegwerfen von Müll, ist ein großes Problem für die Umwelt. Es verunstaltet die Landschaft, gefährdet die Natur und verursacht hohe Kosten durch die Beseitigung. Diese Konsequenzen sind mehr oder weniger bekannt. Dass Littering aber auch ein Problem für die Landwirtschaft ist und zur Verunreinigung von Lebens- sowie Futtermitteln führen kann, ist vielen nicht bewusst. "Letztendlich wird dadurch die Versorgungssicherheit gefährdet. Hier liegt es - mehr denn je - in der Verantwortung jedes Einzelnen, seinen Beitrag zu leisten", betont der Präsident der Landwirtschaftskammer (LK) NÖ, **Johannes Schmuckenschlager**.

"Es ist eine Unsitte, Abfälle im öffentlichen Raum achtlos weg zu werfen oder liegen zu lassen. Das verunreinigt unsere wertvollen Böden und gefährdet neben der Biodiversität auch Nutz- und Wildtiere, Bodenorganismen und nicht zuletzt die Sicherheit der gesamten Nahrungsmittelkette. Jeglicher Abfall, der auf den Feldern landet, könnte zerkleinert und in den Boden eingearbeitet werden, wodurch es letztendlich zu Müllkontaminationen in Lebensmitteln und damit zu einem Gesundheitsrisiko für Menschen wie auch Tiere kommt", so Schmuckenschlager. "Unsere Natur ist kein Mistkübel. Es muss ein Selbstverständnis sein, mit den natürlichen Ressourcen sorgsam umzugehen und unsere Umwelt sauber zu halten. Verunreinigte Felder durch achtlos weggeworfenen Müll sind einer sicheren Versorgung in unserem Land alles andere als zuträglich", gibt der LK-Präsident zu bedenken.

Risiko für Mensch und Tier

Müll am Weg- und Straßenrand ist nicht nur ein optisches Problem, sondern mindert sowohl die Qualität als auch die Sicherheit von Lebens- und Futtermitteln. Es kommt zu Erntegutkontaminationen und in der Folge zu Müllkontaminationen in Nahrungsmitteln, die möglicherweise nicht separierbar und bei weggeworfenen Chemikalien auch nicht erkennbar oder bestimmbar sind. Dadurch kann ein gesundheitliches Risiko für Konsumenten entstehen. Auch für Wildtiere und Bodenorganismen stellen Abfälle eine Gefährdung dar und auch die Auswirkungen auf Nutztiere sind groß: Verunreinigte Futtermittel können Tiere krank machen, durch Blech-, Plastik- oder Glassplitter steigt das Verletzungsrisiko. Hinzu kommen Schädigungen an landwirtschaftlichen Maschinen und der erhöhte Arbeitsaufwand für die Landwirte, denn die Natur von Abfällen zu befreien, ist nicht zu unterschätzen.

Freiwillige leisten wertvollen Beitrag

Einen unschätzbaren Beitrag für eine saubere Umwelt leisten jedes Jahr Tausende Freiwillige mit ihrem ehrenamtlichen Engagement bei Flurreinigungs- und Müllsammelaktionen. So auch in Kilb, Bezirk Melk, wie Bürgermeister **Manfred Roitner** berichtet: "Die jährliche Flurreinigung ist ein Fixpunkt in unserer Gemeinde. Zahlreiche Freiwillige machen sich auf, um unsere Wege und Felder vom Müll zu befreien und die Abfälle schließlich professionell und richtig zu entsorgen. Die Menge an Müll ist jedes Mal erschreckend."

Richtig entsorgen ist Teil der Konsumentenverantwortung

Ziel müsse es sein, Littering erst gar nicht entstehen zu lassen, appellieren Schmuckenschlager und Roitner und sehen jeden Einzelnen in der Verantwortung: "So wie die Kaufentscheidung ist auch das richtige Entsorgen ein wichtiger Teil der Konsumentenverantwortung. Wer seinen Müll in die dafür vorgesehenen Sammelbehälter wirft, schützt unsere Natur, das Klima und letztendlich unsere zukünftigen Lebensmittel sowie die Futtermittel für unsere Tiere." (Schluss) - APA OTS
2022-03-14/12:00

Tirol: Bauernbund-Obmann Geisler eindrucksvoll in seinem Amt bestätigt

Problem Wolf: Schulterchluss mit den Nachbarländern notwendig

Innsbruck, 14. März 2022 (aiz.info). - Der Tiroler Bauernbund-Obmann und LH-Stellvertreter **Josef Geisler** wurde am vergangenen Wochenende beim Landesbauernrat mit 97% der Stimmen in seinem Amt bestätigt. Seine Stellvertreter bleiben Elmar Monz aus Nauders (94,8%) und Thomas Schweigl aus Wildermieming (94,5%). Neu hinzu kommt Andrea Lechleitner aus Wenns als dritte Stellvertreterin, die mit 99,1% gewählt wurde, um die Stimme der Bäuerinnen im Bauernbund zukünftig noch mehr zu stärken.

Geisler bedankte sich für das ihm entgegengebrachte Vertrauen der Mitglieder. "Die Stärke des Bauernbundes bleibt seine Geschlossenheit. Nur wenn wir weiterhin gut organisiert auftreten und unsere Kräfte bündeln, werden wir uns auch in Zukunft gegenüber der Gesellschaft mit unseren Themen und Anliegen Gehör verschaffen und in wichtigen Gremien mitentscheiden können",

unterstrich der Obmann. "Außerdem bin ich der festen Überzeugung, dass den Menschen in unserem Land die Wahrheit zuzumuten ist", so Geisler. Er meine damit vor allem das Thema Beutegreifer: "Wir sind ein dicht besiedeltes Land und brauchen den Wolf nicht. Ich bin ein glühender Europäer, aber bei der Wolfsproblematik haben wir es mit einem Totalversagen der EU zu tun." Geisler hofft diesbezüglich nun auf den Schulterchluss mit den Nachbarländern.

"Der Bauernbund als Interessenvertretung für die Landwirtschaft und den ländlichen Raum hat seine politische Kraft immer gebündelt und für Tirol erfolgreich eingesetzt - nicht nur für die Bauern, sondern im Interesse der gesamten Bevölkerung. Diese Geschlossenheit haben viele immer wieder bewundert", erklärte Landeshauptmann **Günther Platter**.

Bauernbund-Präsident **Georg Strasser** hob beim Landesbauernrat vor allem aktuelle Herausforderungen auf Bundesebene hervor. "Vor den kriegerischen Auseinandersetzungen in der Ukraine waren die Preise für Treibstoffe, Futter- und Düngemittel bereits existenzbedrohend für viele Bäuerinnen und Bauern. Jetzt werden frühere Höchstpreise noch einmal übertroffen", so Strasser. Um die erheblichen Kostensteigerungen bei Betriebsmitteln im Blick zu haben, sei im Landwirtschaftsministerium ein Einsatzstab eingerichtet worden. Dieser beobachte und bewerte die Lage auf den Agrarmärkten, die Handelsströme und die Lebensmittelversorgung genau. "Das BMLRT steht dabei im ständigen Austausch mit Vertretern aus der Wirtschaft und den Verbänden. Wo nötig und möglich werden stabilisierende Maßnahmen gesetzt", betonte Strasser. (Schluss)